

Darum gehört die Lausitz in den Koalitionsvertrag

Klaus Aha, Geschäftsführer der Wirtschaftsinitiative Lausitz e.V., zu Regierungsbildung und Lausitzer Strukturwandel

„Die Deutschen haben einen neuen Bundestag gewählt. Das geht die Lausitzer mehr an, als sie im ersten Moment vielleicht glauben. Eine Fortsetzung der Großen Koalition und damit der bisherigen Politik wird es nicht geben. Offenbar wird es mit der Jamaika-Koalition eine Premiere auf Bundesebene geben. Erstmals würden CDU/CSU, FDP und Grüne gemeinsam die Bundesregierung bilden. Was bedeutet die neue Konstellation für das Lausitzer Revier?

Der Klimaschutzplan 2050 der schwarz-roten Bundesregierung zielt auf eine CO2-freie Stromversorgung und damit auf einen Kohleausstieg bis zum Jahr 2050. Bereits dies führt ab 2018 zu einer schrittweisen Stilllegung der industriellen Basis der Lausitz. Die Grünen forderten vor der Wahl darüber hinaus ein Ende der Kohleverstromung bis 2030 und die Abschaltung von weiteren Kohlekraftwerken bereits in der anstehenden Legislaturperiode. Würde sich diese

Forderung im neuen Koalitionsvertrag wiederfinden, wäre dies eine Katastrophe nicht nur für die Lausitz, sondern auch für die Braunkohlereviere in Mitteldeutschland und im Rheinland.

Wer von heute auf morgen auf den Einsatz fossiler Energieträger verzichten will, der stellt nicht nur die Lebensgrundlage zehntausender Menschen in der Lausitz in Frage, der stellt auch eine wettbewerbsfähige, stabile und sichere Stromversorgung für die Menschen und die Industrie in Deutschland in Frage. Auch wir in der Lausitz wissen, dass die Braunkohleverstromung endlich ist, doch wir sind uns ebenfalls sicher, dass wir die ‚Kohlebrücke‘ noch sehr viel länger brauchen, als es manche Politiker derzeit wünschen und fordern. Gleichwohl haben wir längst begonnen, den Strukturwandel zu gestalten. Unternehmen in der Lausitz sind dabei, neue Geschäftsfelder zu etablieren, Unternehmen siedeln sich an, mit der Übernahme des Lausitz-



Der LEAG-Vorstand gratuliert den Sommerauslernern 2017. Damit junge Menschen auch in Zukunft eine Perspektive in der Lausitz haben, macht sich die WiL stark für einen von der Bundesregierung geförderten Strukturwandel. Foto: LEAG

rings durch die Dekra, der Batteriefabrik in Kamenz und der angekündigten E-Auto-Fabrik in Rothenburg könnte die Lausitz zu einem Kompetenzzentrum für E-Mobilität werden. Bei all diesen Plänen und Visionen braucht die Lausitz die Unterstützung aus Berlin. Die Bundesregierung hat als Voraussetzung für

den Rückzug aus der Braunkohle hohe Anforderungen formuliert. Die beim Bundeswirtschaftsministerium angesiedelte Kommission ‚Wachstum, Strukturwandel und Regionalentwicklung‘ ist ein erster Schritt in die richtige Richtung. Die CDU hat in ihrem Wahlprogramm geschrieben: ‚Der langfristige Ausstieg aus der Braunkohle

muss parallel zu einer konkreten neuen Strukturentwicklung verlaufen. Für uns ist es unerlässlich, dass die Regierung an den geplanten Aktivitäten zur Gestaltung des Strukturwandels festhält und diese konkretisiert. Die Lausitz darf nicht zum Spielball politischer Verhandlungen werden.

Vor diesem Hintergrund fordern die Wirtschaftsregion Lausitz (in Gründung) und die Wirtschaftsinitiative Lausitz von der Bundesregierung:

- Die Unterstützung bei der Schaffung neuer Arbeitsplätze durch die Sicherstellung der entsprechenden Rahmenbedingungen, die private Investoren motivieren, sich in der Lausitz anzusiedeln oder zu erweitern;
- Die Erarbeitung von Sonderregelungen für die Lausitz durch die Bundesregierung mit der EU, die der Lausitz eine echte Wettbewerbschance gegenüber Standorten in Osteuropa ermöglicht (Stichwort: Montanregion);

- Die Ansiedlung von Aufgaben des Bundes, des Landes und zugeordneter Institutionen in der Lausitz zur Schaffung neuer Arbeitsplätze;

- Die Prüfung von Förderbedingungen im Hinblick auf die Höhe und die notwendige Flexibilität der Vergabebedingungen;

- Die Stärkung der Infrastruktur der Lausitz in den Bereichen Verkehr, Kommunikation und Wissenschaft zur Verbesserung der nationalen und internationalen Wettbewerbsposition;

Bereits 2018, also in wenigen Monaten beginnt die von der Bundesregierung geforderte Stilllegung von 1/3 des Kraftwerks Jämschwalde. Die Reduzierung der Kraftwerksleistung führt in den kommenden Jahrzehnten nach und nach zum Verlust von ca. 15.000 Arbeitsplätzen im Bergbau, in den Kraftwerken sowie bei Zulieferern und Serviceunternehmen. Mit dem Wegfall der Arbeitsplätze geht



Klaus Aha. Foto: WiL

auch ein erheblicher Teil der Wirtschafts- und Kaufkraft der Region schrittweise verloren. Die LEAG als strukturbestimmendes Unternehmen gibt heute täglich 2,5 bis 3 Mio. Euro aus, die in den regionalen Wirtschaftskreislauf in Form von Löhnen und Aufträgen fließen. Diese enormen Mittel werden zukünftig fehlen. Aus diesem Grund fordern wir die künftige Bundesregierung und die an den Koalitionsverhandlungen beteiligten Abgeordneten und Politiker aus der Lausitz auf: Machen Sie sich für unsere Heimat stark, geben Sie den Lausitzern die Rahmenbedingungen, um den Strukturwandel auch in den kommenden Jahrzehnten zu gestalten.“ pm